

Willkommen zu diesem Abendjournal am Sonntag, dem 27. August aus dem Journalstudio begrüßt Sie Franz Renner.

Unsere Themen.

Ein DNA-Test bestätigt den Tod des russischen Söldnerführers Yevgeny Prigoshin.

Ein Weißer hat in Jacksonville in den USA drei schwarze Erschoßen Tatmotiva laut Polizei Rassenhass.

Die Bundesregierung will die Übergewinnsteuer für Öl- und Gaskonzerne erhöhen, das treffe vor allem die OMV.

In Niederösterreich soll ein ÖVP-Funktionär einer Pensionistin mit Vergasen gedroht haben.

Im Wahlkampf in Bayern setzt ein antisemitisches Flugblatt aus den 1980er-Jahren den Chef der Freien Wähler Unterdruck, verfasst haben soll es sein Bruder.

Und in Schottland ist wieder einmal das Nessie-Fieber ausgebrochen, die Suche nach dem legendären

See und Geheuer wird zur grossen Werbeaktion.

Eingangs wie gewohnt die Wetterprognose Jagdstibauer mit einer Warnung vor extremen Regenmengen

im Westen.

Info Adelberg und Nordtyrol regern das weiter, zeitweise intensiv und bis morgen in Summe mit enormen Regenmengen.

Auch in Oberösterreich Salzburg und Osttyrol wird der Regen langsam häufiger, weitem Osten bleibt es trocken.

Und in Niederösterreich Wien, dem Burgenland in Weitenteilner Steiermark und in Unterkärnten ist es auch morgen noch lange Zeit trocken, zeitweise sonnig und warm, bevor zum Abenteil ins kräftige Regenschau an Gebiet entstehen.

In der Westhälfte regnet es der Gegenmeist anhaltend und stark.

Windig und Höchstwerte von Westen rost zwischen 10 und 30 Grad.

Vier Tage nach Absturz eines Privatflugzeuges ist der Tod von Söldner Führer Jef Geni Prigoshin jetzt gewissermaßen amtlich.

Mittels DNA-Tests wurden laut dem staatlichen Russischen Ermittlungskomitee die Identitäten aller 10 Absturzopfer geklärt, darunter eben auch die von Prigoshin.

Durch molekulargenetische Untersuchungen sei die Identität aller 10 Todesopfer festgestellt worden, erklärt die Sprecherin von Russlands Oberster Ermittlungsbehörde Svetlana Petrenko.

Die

Absturz ums Leben.

Unklar ist weiterhin die Absturzursache.

Offiziell wird bisher wegen Verstoßes der Flugsicherheitsbestimmungen ermittelt.

Doch in der russischen Öffentlichkeit zweifelt kaum jemand daran, dass der Privatjet gezielt zum Absturz gebracht wurde.

Jef Geni Prigoshin meuterte vor zwei Monaten mit seinen Wagnerkämpfern gegen die militärische und politische Führung Russlands.

Präsident Putin nannte in danach öffentlich einen Verräter.

Kurz darauf kam die für viele überraschende Kehrtwende.

Prigoshin erklärte seinen Aufstand für beendet und kündigte an, sich nach Belarus zurückzuziehen.

Im Gegenzug sicherte ihm Präsident Putin Straffreiheit zu.

Der Sprecherputins bezeichnet die Anschuldigungen der Kremel könnte in den Flugzeugabsturz verwickelt sein als absolute Lüge.

Wie es mit der nunführungslosen Wagner-Söldnergruppe und ihren Einsätzen etwa in Afrika weitergeht, ist unklar.

Nach der Mäuterei vom Juni dürfte die Truppe aber jedenfalls stärker unter die Kontrolle des Kremels gestellt werden.

In Jacksonville im US-Bundesstaat Florida hat ein junger Mann laut Polizei aus rassistischen Motiven drei Menschen erschossen und sich anschließend selbst getötet.

Die Opfer, zwei Männer und eine Frau waren schwarze.

Auf einer der Waffen des Täters soll ein Hakenkreuz aufgemalt gewesen sein.

Ernst Kernmeier berichtet.

Ausgerüstet mit einem halbautomatischen Gewehr und einer Pistole ist er etwa 20-jährige Mann gestern nachmittag in einen Supermarkt in Jacksonville gegangen.

Sein Ziel sei es gewesen, schwarze zu töten, sagt der Sheriff von Jacksonville T.K.

Waters, ein rassistisches Hassverbrechen.

Der Shooting war racially motivated, und er hat black people getötet.

Zwei Männer und eine Frau hat er ermordet und anschließend selbstmord begangen.

Bei seinen Eltern, bei Medien und der Polizei hatte er zuvor schriftlich rassistische Erklärungen hinterlassen.

In Washington wurde gestern des 60.

Jahrestags des Marsch der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung auf die Hauptstadt gedacht, wo Martin

Luther King seine berühmte Rede über seinen Traum von den gleichen Rechten aller Menschen hielt.

Betroffen sein wird vor allem die teilstaatliche OMV, mehr von Maria Kern.

Die OMV hat im Vorjahr einen Gewinn von mehr als fünf Milliarden Euro gemacht.

An Übergewinnsteuer hat sie allerdings nur 90 Millionen Euro bezahlt, und zwar deshalb, weil die OMV nur etwa 7% ihres Geschäfts im Energiebereich in Österreich erwirtschaftet hat und nur dafür fällt Übergewinnsteuer an.

Eingeführt wurde die Steuer im Juli des Vorjahres, sie greift, wenn der Gewinn eines Unternehmens um 20% über den durchschnittlichen Gewinnen der vergangenen vier Jahre liegt.

Gestern haben ÖVB und Grüne angekündigt, dass die Latte nun auf 10% gesenkt werden soll.

Betroffen davon sind neben der OMV offenbar nur zwei weitere Unternehmen, räumt man in Regierungskreisen ein, und zwar das Garspeicherunternehmen RAC, sowie ein australisches Unternehmender

das in Österreich tätig ist.

Bei der OMV heißt es auf Anfrage zur Verschärfung, dass man sich weitere Details dazu anschauen müsse.

Angesprochen darauf, dass die Übergewinnsteuer im Vorjahr nur 90 Millionen Euro ausgemacht habe, verweist man darauf, dass man in Summe fast eine Milliarde Euro an den Staat abgeführt habe und zwar in Form von Steuern, Abgaben sowie einer Sonderdividende.

Inhaltlich dazu passend eine Meldung gegen eine Übergewinnsteuer für Banken hat sich

der Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes Gabriel Felbermeier im Profil ausgesprochen. Eine derartige Steuer würde das Vertrauen in das Steuersystem und damit in den Wirtschaftsstandort

schädigen argumentierter Wieferschef.

Zudem würde diese Steuer das Eigenkapital der Bankenschwächen in einer möglichen nächsten Finanzkrise könne der Staat den Banken - Zitat Felbermeier - erst recht keine Hilfe verweigern.

Seit Freitag müssen große Unternehmen und Behörden Meldestellen für sogenannte Whistleblower, also Hinweisgeber anbieten, das gilt auch für die Justiz, von den Gefängnissen bis zu den Gerichten können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter online Missstände melden.

Das Justizministerium hat die neue Plattform bereits im Juli gestartet und auch schon erste Meldungen erhalten, berichtet Victoria Waldiger.

Vom obersten Gerichtshof über die Bezirksgerichte bis zur Justizwache - alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz können seit 10. Juli auf das interne Meldesystem des Justizministeriums zugreifen und dort Missstände bekannt geben.

Sexuelle Belästigung kann dort genauso gemeldet werden wie Fälle von Korruption oder Gesundheitsgefährdung

am Arbeitsplatz.

Bisher seien neun Meldungen eingegangen, sagt Ruth Stragans-Schroefel, Leiterin der Compliance-Abteilung

im Justizresort.

Diese Meldungen werden auf Stichhaltigkeit geprüft.

Handelt es sich um einen begründeten Verdacht einer strafbaren Handlung, werde Anzeige erstattet.

Ansonsten liegt es an der zuständigen Fachabteilung der Meldung nachzugehen.

Damit sollen Fehler schneller erkannt werden und so auch die Justiz verbessert werden, heißt es aus dem Ministerium.

Nach Niederösterreich, wo ein funktionär des ÖAAB des Arbeitnehmerbundes in der ÖVP für einen Eklat gesagt hat, nach dem Abbruch einer Werbeaktion im Freibadkrempl soll er zu einer Pensionistin gesagt haben, dass alte Leute vergaßt gehörten.

Die Polizeischritte eine wurde angezeigt, berichtet Manuela Matl.

Am Mittwoch sollen Mitglieder des NÖAAB Werbegeschenke im Kremser Freibad verteilt haben, weil sich

Badegäste belästigt fühlten und die Aktion auch nicht genehmigt war, wurden die Personen des Geländes verwiesen.

Daraufhin soll ein Kremser NÖAAB-Mitglied zu einer Pensionistin gesagt haben, dass alte Leute eh alle vergaßt gehören.

Der Betroffene wurde daraufhin angezeigt.

Ermittelt wird laut Polizei wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Verbotsgesetz sowie wegen des Verdacht der gefährlichen Drohung.

Der Kremser ÖVP-Oppmann und Stadtrat Martin Sedlenmeier entschuldigt sich, der Vorfall seiner Peinlichkeit nicht zu überbieten.

Von Seiten des Kremser NÖAAB verweist man auf eine Sondersitzung morgen Montag.

NÖAAB Landesgeschäftsführer Martin Sauner bezeichnet die Vorkommnisse in Kremse als

völlig inakzeptabel die Mitgliedschaft des Mannes sei bis zu einer Entscheidung des Gerichtsruhen gestellt worden.

In Linz ist ein Kleintransporter mit 53 Migrantinnen und Migranten auf der Ladefläche gestoppt worden.

Fast alle Stammen aus der Türkei, ebenso drei der vier Schlepper, die festgenommen worden sind.

Woher der vierte kommt, ist nicht bekannt.

Die Polizei hat den Schlepper-Transporter am Vormittag bei einer Verkehrskontrolle aufgehalten.

Über die Grenze nach Bayern im bayerischen Wahlkampf gehen derzeit die Wogen wegen schwerer Vorwürfe gegen den Vize-Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger von den freien Wählern hoch.

Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung soll er vor 35 Jahren als Schüler ein antisemitisches Flugblatt verfasst haben.

Mittlerweile hat sich Aiwangers Bruder als verfassertes Flugblattes geoutet.

So knapp vor der Wahl ist der Erregungspägel aber hoch aus Deutschland, Andreas Jöllig.

Es ist ein Flugblatt im tiefsten antisemitischen Ton, von einem Freiflug durch den Schornstein von Auschwitz ist da die Rede oder einem lebenslänglichen Aufenthalt in einem Massengraub.

Und diese Formulierungen sollen aus der Feder oder besserer Schreibmaschine von Hubert Aiwanger stammen.

Schreib bis Süddeutsche Zeitung und beruf sie auf ein Gutachten und nach der gleiche fehlerhafte Buchstabe in dem Flugblatt vorkomme und in der schulischen Facharbeit von Hubert Aiwanger.

Dieser weiß jedoch die Vorwürfe zurück, her habe das Papier nicht verfasst, wenig später bekennt sich sein Bruder als Urheber des Pamphlets.

Die Kauser schlägt aber hohe Wellen, Bayern ist im Wahlkampf und Ministerpräsident Markus Söder verlangt Aufklärung, er und die CSU koalieren derzeit mit Hubert Aiwanger und den Freien Wählern und wollen, dass nach der Landtagswahl Anfang Oktober wieder tun.

Das sind schlimme Vorwürfe im Raum.

Dieses Flugblatt ist menschenverachtend und geradezu eklig.

Diese Vorwürfe müssen jetzt einfach geklärt werden, sie müssen ausgeräumt werden und zwar vollständig.

Das ist für die Opposition aber noch keineswegs der Fall, denn Hubert Aiwanger hat zugegeben, dass damals einige Exemplare des Flugblattes in seiner Schultasche gefunden worden seien.

Die SPD fordert deshalb den Rücktritt von Hubert Aiwanger, die Grünen wollen von Markus Söder wissen, ob er die Zusammenarbeit fortsetzen wolle.

Und für den Zentralrat der Juden ist das Flugblatt auch 35 Jahre später zu verurteilen, das können nicht als Jugendzünden abgetan werden.

In den Süden Afrikas, nach Simbabwe, wo der 80-jährige Amtsinhaber Emerson Manangagwa zum Sieger der Präsidentschaftswahl ausgerufen worden ist, er errankte ihm nach 53 Prozent der Stimmen.

Die Wahl ist von Manipulationsvorwürfen überschattet, berichtet Birgit Schwarz.

Seine Anhänger feiern den Wahlsieg.

Präsident Emerson Manangagwa hat sich eine zweite fünfjährige Amtszeit gesichert. Wir sind die einzige Volkspartei, war das Wahlkampfmotto des Präsidenten. Der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat der Opposition, der 45-jährige Nelson Chamisa, von der Citizens Coalition for Change, kurz CCC, erobert 44 Prozent der Stimmen. Noch in der Nacht schreibt Chamisa auf dem Kurznachrichtendienst ex, vormals Twitter, er werde nicht umkippen und erfundene Lügen akzeptieren. Regionale Wahlbeobachter berichten von Einschüchterungsversuchen zu Gunsten der Regierungspartei SANU-PF.

Auch von den Wahlbeobachtern der Europäischen Union gibt es deutliche Kritik. Zurück nach Österreich ins Salzkammergut, wo heute in Hallstadt aus Protest gegen die täglich einfallenden Touristenmassen der Tunnel an der Orts-Einfahrt blockiert worden ist.

Organisiert wurde der Protest von der Bürgerliste unterstützt vom SPÖ-Bürgermeister aus Oberösterreich Daniela Dalke.

Dort, wo sich sonst hunderte Touristen in den Ort staunen, sind heute Bürger mit Schildern gestanden.

Zu lesen war etwa Weltkultur am Ende oder Hallstadt ist voll.

Die Blockade beim Tunnel an der Hallstädter Seestraße hat nur 15 Minuten gedauert, aber fast drei Kilometer Stau verursacht, weil auch heute wieder so viele Touristen unterwegs in den Ort waren.

Bürgermeister Alexander Scheuz von der SPÖ hat Verständnis für die Aktion der Bürgerliste. Er hofft, dass jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt.

Wir brauchen das Land Oberösterreich, die BH, Polizei, vor allem SPÖ zählt dann auch später wahrscheinlich die Österreich-Werbung, dass man Hallstadt buchen muss, wenn man nach Hallstadt fahren will.

Hallstadt sei kein Museum, das beliebig auf und zugesperrt werden kann, ergänzt der Bürgermeister.

Es brauche langfristige Lösungen.

Die Bürgerliste, die die Blockade heute organisiert hat, fürchtet durch das Kulturhauptstadtjahr, dass in wenigen Monaten im Salzkammergut beginnt, einen noch größeren Ansturm auf den Ort.

Vom Hallstättersee zum Loch Ness, dem größten See Großbritanniens und sie ahnen es schon, wieder geht es um Nessi, das angeblich dort hausende Umgeheuer, nachdem wird jetzt wieder gesucht in der größten Suchaktion oder soll man sagen in der größten PR-Aktion seit Jahrzehnten. Mehr von Jagwinter.

Eine Riesenroppe, ein gigantischer Al, jedenfalls ein Umgeheuer, weit über 1.000 Berichte, zählt das offizielle Register der Monstersichtungen am Loch Ness.

Donald McKinnon will Nessi gesehen haben, 1979 beim Angeln, das Umgeheuer beschreibt der Anreiner des Sees als eine Art Saurier.

Dutzende Freiwilligern, 17 Beobachtungsposten, halten Ausschau nach merkwürdigen Wellenbewegungen.

Unter Wassermikrofone kommen zum Einsatz, Drohnen mit Wärmebildkameras, überfliegenden Größten und auch tiefsten See Großbritanniens.

[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (27.08.2023)

Irgendetwas ist an diesem See vielleicht ein Meeresaurier oder etwas anderes, wir können nur spekulieren, sagt Greg Gallifrey, der an der Suchaktion teilnimmt.

Kameras übertragen Live-Bilder der Beobachtungsmission online.

Ein shame wird da einen Gag der schottischen Tourismus-Wirtschaft erkennen will, auch wenn seit jeher auffallend viele Sichtungen von Angehörigen aus dem Tourismus-Gewerbe gemeldet wurden.

Die Veranstalter der Suche verneinen die monetäre Absicht, es geht um die Wissenschaft heißt es.

Die hat mittels systematisch gezogener und ausgewärterter DNA-Proben aber längst festgestellt, dass es ihm noch nass eines sicher nicht gibt, ungewöhnliche Arten an Lebewesen und damit auch kein See ungeheuer.

Das war das Abendjournal an diesem Sonntag für das Journalteam mit Paul Schiefer-Regier und Charlie Swetsch in die Technik verabschiedet sich Franz Renner.

Genießen Sie den Abend.

Moment am Sonntag.